

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	3. Sitzung Hauptausschuss
	Termin:	27. Januar 2015, 16:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Klimapartnerschaft Ecuador

Vorlage: 2015/0017

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Die Teilnahme der Stadt Karlsruhe an dem bundesweiten Projekt "50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015" der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit dem Ziel, ein Handlungsprogramm mit konkreten Zielen und Maßnahmen für eine Klimapartnerschaft mit der Stadt Los Bancos, Ecuador, zu erarbeiten,
2. die Karlsruher Energie- und Klimaschutzagentur gGmbH (KEK) und die Stabsstelle Außenbeziehungen (ABZ) werden - unter Einbeziehung weiterer Akteure innerhalb und außerhalb der Verwaltung - federführend mit der fachlichen Projektsteuerung bzw. der unterstützenden Begleitung des Projekts in der 18-monatigen Projektphase beauftragt,
3. das Europäische Jahr für Entwicklung 2015 soll genutzt werden, um die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere junge Menschen, verstärkt für das Thema Klimaschutz und Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) zu sensibilisieren.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (11 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende betont, dass hier kein Blankobeschluss gefasst werden soll, sondern man steige in das Projekt ein, weil sich eine gute Zusammenarbeit ergebe und weil andere Akteure der Stadt schon gute Erfahrungen mit dieser Stadt haben. Er verweist auf die in der Vorlage auf Seite 3, Absatz 1 genannte zeitliche Befristung der Projektphase von Januar 2015 bis September 2016 und darauf, dass die Stadt Karlsruhe mit der Unterzeichnung des Memorandum of Understanding noch keine Verpflichtung in Hinblick auf die Umsetzungsphase eingehe. Man behalte sich ausdrücklich vor, zu gegebener Zeit über eine weiterge-

hende Fortsetzung dieses Projektes erneut zu diskutieren. Jedoch müsse man bis Ende Januar 2015 entscheiden, um noch in das Projekt hineinzukommen.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU) erklärt, die CDU-Fraktion sehe dieses Projekt skeptisch. Es sei doch gerade Ecuador, welches im Regenwald die Ölexporation vorantreibe. Er wisse nicht, welches Engagement man in Ecuador würdigen möchte. Seiner Meinung nach hätte die Vorlage erst im Umweltausschuss vorberaten werden sollen. Die Sinnhaftigkeit des Projektes in Ecuador sei ihm nicht klar.

Stadtrat Zeh (SPD) führt aus, er habe sich erkundigt, dass von den 50 geplanten Klimapartnerschaften deutscher Städte derzeit ca. 30 eingegangen worden seien. Er wolle wissen, ob es vom Bund einen Zuschuss gebe. Er bedaure, dass die meisten Klimapartnerschaften in Südamerika eingegangen werden. Nur eine bestehe mit einer Region in Afrika. Da KEK schon Kontakte mit der Stadt Los Bancos habe, könne er aber die Entscheidung nachvollziehen.

Stadträtin Lisbach (GRÜNE) bemerkt, ihre Fraktion begrüße das Projekt ausdrücklich, da es eine Stärkung der kommunalen Entwicklungsarbeit bedeute. Es gebe der Stadt Karlsruhe die Möglichkeit, etwas für den globalen Klimaschutz zu tun und ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Auch können damit Kompensationsmaßnahmen für den Klimaschutz als konkretes Projekt umgesetzt werden, beispielsweise für den klimafairen Stadtgeburtstag. Der große Vorteil bei diesem Projekt sei, dass es schon persönliche Beziehungen gebe an die man anknüpfen könne und es nun konkret werde. Wichtig für sie sei es, dass der Kontakt zu den Schulen hergestellt werde. Sie glaube, dass man auf kommunaler Ebene gute Projekte umsetzen könne.

Stadtrat Hock (FDP) teilt mit, seine Fraktion sehe es ähnlich wie die CDU und hätte eine Vorberatung im Umweltausschuss begrüßt. Sie sehe keine Notwendigkeit zur Teilnahme der Stadt Karlsruhe an dem bundesweiten Projekt. Er befürchtet, dass Kosten auf die Stadt zukommen. Da heute eine Entscheidung getroffen werden müsse, werde seine Fraktion dagegen stimmen.

Stadtrat Kalmbach (GfK) merkt an, er wundere sich, wie das Projekt funktionieren solle zwischen der Stadt Karlsruhe mit 300.000 Einwohnern und einem Kanton, in dem 20.000 Menschen wohnen und mit sicherlich einer kleinen Verwaltung. Grundsätzlich finde er das Projekt gut, da es in Ecuador eine Entwicklung zu Nachhaltigkeit gebe. Diese zu fördern sei wertvoll. Welche Kosten entstehen, zum Beispiel Flugkosten, sei ihm nicht klar.

Der Vorsitzende erläutert, dies sei noch nicht die systematische Organisation von Partnerschaften, wie die Stadt sich dies für die Zukunft vorgenommen habe. Es sei eine Projektanbahnung, die außerhalb der Stadt Karlsruhe erfolgt sei und heute schon mit KEK stattfinde. Sie biete die Möglichkeit für zwei Jahre die Ziele, die man sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vorgenommen habe, an einem konkreten Projekt anzuwenden. Daraus könne etwas entstehen oder auch nicht, wenn man es danach nicht weiterführen wolle. Man verbaue sich keine Wege, sondern nutze eine Chance, die man selbst nicht intendiert habe. Es gebe nicht nur Kontakte von baden-württembergischen Städten nach Südamerika, sondern auch nach Afrika, zum Beispiel Tübingen mit Tansania. Er fände es schwierig, die generelle Politik eines Landes zur Grundlage für eine Partnerschaft zu machen. Das würde bedeuten, die Länder zu stützen, die schon selbst eine gute Politik ma-

chen. Man gehe ja auch keine Partnerschaft mit dem Land Ecuador ein, sondern mit einer konkreten Region vor Ort. Wenn KEK sage, dass sei aus ihrer Sicht fachlich unterstützenswert, dann wäre das fachlich gesehen für ihn ausreichend. Auch der Landkreis Karlsruhe werde als Projektpartner mit einsteigen.

Herr Ehlgötz (Stabsstelle Außenbeziehungen) erklärt, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sei ein Teil der vom Gemeinderat beschlossenen Internationalisierungsstrategie. Man habe bereits einen ersten Vorschlag mit Burundi unterbreitet. Bei diesem zweiten Vorschlag mit Ecuador habe man sich davon leiten lassen, dass man nicht etwas neu beginne, sondern auf bestehende Kontakte aufbauen könne. Auch entspreche das Projekt den übrigen Zielen der Stadt Karlsruhe - der Klimaschutz sei ein hochrangiges Ziel der Stadt Karlsruhe. Der Bund finanziere über das Bundesministerium für Zusammenarbeit die ersten beiden Jahre komplett, also alle Sachkosten die entstehen werden. Insbesondere diene diese erste Projektphase dazu, gemeinsam mit den Partnern ein Umsetzungskonzept zu entwickeln, welches dann durch eigenständige Mittel zu finanzieren wäre. Ganz klar sei, dass dieses Umsetzungskonzept dann zunächst dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt werde. Die Personalkosten seien von der Stadt Karlsruhe zu tragen. Der Gemeinderat habe bereits entschieden für die Umsetzung der Internationalisierungsstrategie Personal einzustellen, dies sei schon geschehen. Teilaufgabe dieses Personals sei es die kommunale Entwicklungsarbeit voranzutreiben, das bedeutet die Personalkosten seien schon vorhanden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass eventuelle Flüge in den Sachkosten enthalten seien. Er betont, man bereite sich vor, im Gefolge des Landes Baden-Württemberg mit Burundi in einen verstärkten Austausch einzusteigen. Es könne durchaus sein, dass man irgendwann sage, man wolle darauf seine Mittel und Energie konzentrieren. Man sei aber noch nicht so weit. Er habe aber auch kein Problem nach den zwei Jahren zu sagen, man habe begrenzte Mittel und Kapazitäten und wolle sich auf anderes konzentrieren. Dann könne dies zu einer Entscheidung beitragen, dass man ein solches Projekt nicht weiterführt. Er sage ausdrücklich eine offene Entscheidungssituation zu für den Moment, wenn mit eigenen Mitteln eingestiegen werden müsse - auch in der Gesamtbetrachtung zu anderen Projekten, die dann vielleicht besser zur Gesamtstrategie passen. Man müsse vor allem schauen, dass man nicht alleine auf der Welt mit kleinen Projekten vertreten sei, sondern dass man Gesamtentwicklungsstrategien unterstütze.

Stadtrat Wohlfeil (KULT) gibt an, seine Fraktion könne der Vorlage zustimmen. Er hätte aber noch gerne Informationen in der Vorlage gehabt, wie hoch der Arbeitsaufwand für die Verwaltung für das Projekt ist.

Der Vorsitzende bemerkt, es gehe zunächst um eine Konzeption, bei der die KEK die Arbeit übernehme. Diese benötige dazu noch einen kommunalen Partner, welches die Stadt Karlsruhe sein könne. Er glaube, dass der Personalaufwand dort nicht so stark sei, dass andere Aufgaben beschnitten werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt mehrheitliche Zustimmung bei 11 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen fest. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 16:48 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten
29. Januar 2015